

**No. 38550**

---

**Federal Republic of Germany  
and  
Portugal**

**Agreement between the Federal Republic of Germany and the Portuguese Republic  
in the field of industrial property law. Lisbon, 3 April 1958**

**Entry into force:** *24 October 1959 by the exchange of instruments of ratification, in  
accordance with article 18*

**Authentic texts:** *German and Portuguese*

**Registration with the Secretariat of the United Nations:** *Germany, 18 July 2002*

---

**République fédérale d'Allemagne  
et  
Portugal**

**Accord entre la République fédérale d'Allemagne et la République portugaise relatif  
au droit en matière de propriété industrielle. Lisbonne, 3 avril 1958**

**Entrée en vigueur :** *24 octobre 1959 par échange des instruments de ratification,  
conformément à l'article 18*

**Textes authentiques :** *allemand et portugais*

**Enregistrement auprès du Secrétariat des Nations Unies :** *Allemagne, 18 juillet 2002*

[ GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND ]

**Abkommen  
zwischen der Bundesrepublik Deutschland  
und der Portugiesischen Republik  
auf dem Gebiet des gewerblichen Rechtsschutzes**

DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND  
und  
DIE PORTUGIESISCHE REPUBLIK

HABEN IM HINBLICK auf das zwischen den beiden Staaten abgeschlossene Abkommen über deutsche Vermögenswerte in Portugal und

VON DEM WUNSCH GELEITET, ihre Beziehungen auf dem Gebiet des gewerblichen Rechtsschutzes zu erneuern und weiter zu vertiefen,

FOLGENDES VEREINBART:

TEIL I

Verlängerung von Prioritätsfristen

Artikel 1

Die in Artikel 4 der Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutze des gewerblichen Eigentums in der am 2. Juni 1934 in London revidierten Fassung für die Hinterlegung von Anmeldungen für Erfindungspatente, Gebrauchsmuster, gewerbliche Muster oder Modelle und Fabrik- oder Handelsmarken vorgesehenen Prioritätsfristen, die am 6. Juni 1944 noch nicht abgelaufen waren oder die erst nach diesem Zeitpunkt zu laufen begonnen haben und vor dem 1. Januar 1951 abgelaufen sind, werden bis zum Ablauf von 180 Tagen nach Inkrafttreten dieses Abkommens verlängert.

Artikel 2

Anmeldungen im Sinne dieses Abkommens sind die Anmeldungen, die in einem Mitgliedstaat der Pariser Verbandsübereinkunft in der Zeit vom 6. Juni 1943 bis 30. September 1948 oder bei den deutschen oder portugiesischen Verwaltungsstellen in der Zeit vom 1. Oktober 1948 bis 31. Dezember 1949 eingereicht worden sind.

Artikel 3

Für die in diesem Abkommen genannten Anmeldungen endet die vorgesehene Frist zur Abgabe einer Prioritätserklärung nicht vor Ablauf von 180 Tagen nach Inkrafttreten dieses Abkommens.

Artikel 4

Dritte, die nach dem 6. Juni 1943, aber vor dem Tag der Nachanmeldung eine Erfindung, ein Gebrauchsmuster oder ein gewerbliches Muster oder Modell in gutem Glauben in Benutzung genommen oder in dieser Zeit die erforderlichen Veranstaltungen dazu getroffen haben, können diese Benutzung nach Maßgabe der durch die Gesetzgebung des vertragschließenden Landes getroffenen Bestimmungen fortsetzen.

**Artikel 5**

(1) In allen auf Grund dieses Abkommens eingeleiteten Verfahren sind die entsprechenden Prioritätsbescheinigungen einzureichen.

(2) Wenn solche Bescheinigungen von der zuständigen Behörde nicht ausgestellt werden können, weil diese durch Kriegsauswirkung daran gehindert ist, genügt zur Inanspruchnahme der Priorität eine Erklärung der zuständigen Behörde, aus der sowohl Inhalt als auch Zeitpunkt der Erstanmeldung sowie die Unterlagen hervorgehen, auf Grund deren die zuständige Behörde ihre Erklärung abgegeben hat.

**TEIL II**

**Deutsche gewerbliche Schutzrechte in Portugal**

**Artikel 6**

Auf Antrag der Berechtigten werden wiederhergestellt:

1. die vor dem 1. Januar 1950 von Deutschen in Portugal erworbenen gewerblichen Schutzrechte, die nach dem 6. Juli 1944 auf andere Weise als durch Ablauf der gesetzlichen Höchstdauer, durch Verzichtserklärung oder durch Erklärung der Nichtigkeit, erloschen sind;
2. die vor dem 1. Januar 1950 von Deutschen in Portugal eingereichten Gesuche um Erteilung gewerblicher Schutzrechte, die nach dem 6. Juni 1944 wegen Nichterfüllung gesetzlicher Formerfordernisse zurückgewiesen worden sind.

**Artikel 7**

Entscheidungen der zuständigen Behörden, die nach dem 6. Juni 1944 über vor dem 1. Januar 1950 eingereichte Anmeldungen ergangen sind, können von den Beteiligten innerhalb einer Frist von 180 Tagen nach Inkrafttreten dieses Abkommens angefochten werden.

**Artikel 8.**

(1) Der in Artikel 6 vorgesehene Antrag ist innerhalb einer Frist von 180 Tagen, gerechnet vom Tage des Inkrafttretens dieses Abkommens an, bei der zuständigen Behörde zu stellen.

Mit dem Antrag sind die Antragsgebühren sowie etwa in der Zwischenzeit fällig gewordene Gebühren zu entrichten und die versäumten Handlungen nachzuholen. Zuschlags- oder Strafgebühren werden nicht erhoben.

(2) Über den Antrag entscheidet die zuständige Behörde.

(3) Wird dem Antrag entsprochen, so wird dadurch der Zustand wiederhergestellt, der bei rechtzeitiger Vornahme der versäumten Handlung eingetreten wäre.

(4) Erachtet die zuständige Behörde eine fällige Gebühr als nicht vollständig entrichtet oder eine versäumte Handlung als nicht vollständig nachgeholt, so ist dem Antragsteller eine Nachfrist von höchstens 90 Tagen zu setzen.

(5) Wird der Antrag zurückgewiesen, so stehen dem Antragsteller die in der ordentlichen Gesetzgebung vorgesehenen Rechtsmittel zu.

**Artikel 9**

(1) Die Wirkungen eines wiederhergestellten Erfindungspatents, Gebrauchsmusters oder gewerblichen Modells treten nicht ein gegenüber Dritten,

die den Gegenstand des Schutzrechts in der Zeit zwischen dem Erlöschen desselben und dem 20. April 1957 in gutem Glauben in Portugal in Benutzung genommen oder in dieser Zeit die erforderlichen Veranstaltungen dazu getroffen haben.

(2) Die Wirkungen des Erfindungspatents, Gebrauchsmusters oder gewerblichen Musters oder Modells, das auf eine wiederhergestellte Anmeldung erteilt wird, treten nicht ein gegenüber Dritten, die den Gegenstand des Schutzrechts in der Zeit zwischen der Zurückweisung der Anmeldung und dem 20. April 1957 in gutem Glauben in Portugal in Benutzung genommen oder in dieser Zeit die erforderlichen Veranstaltungen dazu getroffen haben.

(3) Als besondere Veranstaltung im Sinne des Absatzes 2 gilt auch die Einreichung eines Gesuchs um Erteilung eines Erfindungspatents, eines Gebrauchsmusters oder eines gewerblichen Musters oder Modells in Portugal durch einen Dritten, wenn der Dritte der Urheber der den Gegenstand der Patentanmeldung oder des Gebrauchsmusters bildenden Erfindung oder des hinterlegten Musters oder Modells ist.

Die Bestimmung dieses Absatzes gilt auch zugunsten der Rechtsnachfolger des Dritten.

#### Artikel 10

(1) Dritte, die ein Benutzungsrecht gemäß Absatz 1 des vorergehenden Artikels nach Wiederherstellung eines erloschenen Schutzrechts in Anspruch nehmen, oder ihre Rechtsnachfolger, haben dafür dem Inhaber des Schutzrechts vom Tage der Wiederherstellung an eine Entschädigung zu zahlen, deren Höhe im Streitfall durch das zuständige Gericht bestimmt wird.

(2) Dritte, die ein Benutzungsrecht gemäß Absatz 2 des vorergehenden Artikels nach Erteilung des Schutzrechts auf Grund einer wiederhergestellten Anmeldung in Anspruch nehmen, oder ihre Rechtsnachfolger, haben dafür dem Inhaber des Schutzrechts vom Tage der Erteilung an eine Entschädigung zu zahlen, deren Höhe im Streitfall durch das zuständige Gericht bestimmt wird.

(3) Die Bestimmung des vorergehenden Absatzes findet keine Anwendung, wenn die Benutzungshandlung des Dritten oder seines Rechtsnachfolgers auf einer Erfindung oder einem Muster oder Modell beruht, deren Urheber der Dritte ist.

#### Artikel 11

(1) Wird die Erneuerung einer im portugiesischen Register für nationale Marken vor dem 1. Januar 1950 eingetragenen Fabrik- oder Handelsmarke, deren ordentliche Schutzdauer nach dem 6. Juni 1944 abgelaufen ist, innerhalb von 180 Tagen, gerechnet vom Tage des Inkrafttretens dieses Abkommens an, bei der zuständigen Behörde beantragt, so wirkt die Erneuerung auf den Ablauf der ordentlichen Schutzdauer zurück.

(2) Wird eine im portugiesischen Register für internationale Marken vor dem 1. Januar 1950 eingetragene Fabrik- oder Handelsmarke, deren ordentliche Schutzdauer nach dem 6. Juni 1944 abgelaufen ist, innerhalb von 180 Tagen, gerechnet vom Tage des Inkrafttretens dieses Abkommens an, erneut beim Internationalen Büro hinterlegt, so wirkt diese Hinterlegung für das Gebiet Portugals als Erneuerung der erloschenen Eintragung auf den Ablauf der ordentlichen Schutzdauer zurück, sofern der Berechtigte dies innerhalb von 180 Tagen seit der neuen Hinterlegung beim Internationalen Büro bei der zuständigen Behörde beantragt.

(3) Hat der Inhaber einer im portugiesischen Register für nationale oder internationale Marken eingetragenen Fabrik- oder Handelsmarke, deren ordentliche Schutzdauer nach dem 6. Juni 1944 abgelaufen ist, schon vor dem Inkrafttreten dieses Abkommens die Fabrik- oder Handelsmarke in Portugal neu angemeldet oder ihre neue Hinterlegung beim Internationalen Büro bewirkt, so wirkt die Neueintragung für das Gebiet Portugals als Erneuerung der erloschenen Eintragung auf den Zeitpunkt des Ablaufs der ordentlichen Schutzdauer zurück, sofern der Berechtigte dies innerhalb von 180 Tagen, gerechnet vom Tage des Inkrafttretens dieses Abkommens an, bei der zuständigen Behörde beantragt.

#### Artikel 12

Der Zeitraum zwischen dem 6. Juni 1944 und dem Tage der Wiederherstellung des Rechts bleibt sowohl bei der Berechnung der für den Beginn der Verwertung eines Erfindungspatents oder eines Gebrauchsmusters und für die Benutzung einer Fabrik- oder Handelsmarke vorgesehenen Fristen, als auch bei der Berechnung der in § 1 des Artikels 123 des portugiesischen Gesetzes über das gewerbliche Eigentum vorgesehenen Frist außer Betracht.

### TEIL III

#### Portugiesische gewerbliche Schutzrechte in Deutschland

#### Artikel 13

Auf Antrag der Berechtigten werden wiederhergestellt:

1. die vor dem 1. Juli 1945 in Deutschland erworbenen gewerblichen Schutzrechte portugiesischer Staatsangehöriger, die nach dem 6. Juni 1944 auf andere Weise als durch Ablauf der gesetzlichen Höchstdauer, durch Verzichtserklärung oder durch Erklärung der Nichtigkeit erloschen sind,
2. die vor dem 1. Juli 1945 in Deutschland von portugiesischen Staatsangehörigen eingereichten Gesuche um Erteilung gewerblicher Schutzrechte, die nach dem 6. Juni 1944 wegen Nichterfüllung gesetzlicher Formerfordernisse zurückgewiesen worden sind.

#### Artikel 14

Auf Antrag der Berechtigten werden portugiesische Staatsangehörige wieder in den vorigen Stand eingesetzt, welche:

1. die in § 15 des Ersten Gesetzes zur Änderung und Überleitung von Vorschriften auf dem Gebiet des gewerblichen Rechtsschutzes vom 8. Juli 1949 vorgesehene Frist nicht eingehalten haben,
2. die in § 30 Absatz 1 des Ersten Gesetzes zur Änderung und Überleitung von Vorschriften auf dem Gebiet des gewerblichen Rechtsschutzes vom 8. Juli 1949 vorgesehene Frist nicht eingehalten haben.

#### Artikel 15

Auf die Anträge nach Artikel 13 und 14 sowie auf die daraufhin wiederhergestellten Schutzrechte und Schutzrechtsanmeldungen sind die Bestimmungen der Artikel 6 bis 12 dieses Abkommens ebenso wie die einschlägigen Bestimmungen des deutschen Gesetzes entsprechend anzuwenden.

### TEIL IV

#### Schlußbestimmungen

#### Artikel 16

Die Vergünstigungen dieses Abkommens werden zuteil:

1. deutschen natürlichen Personen und natürlichen Personen portugiesischer Staatsangehörigkeit;

**2. juristischen Personen deutscher Staatsangehörigkeit und juristischen Personen portugiesischer Staatsangehörigkeit.**

Als juristische Personen deutscher Staatsangehörigkeit gelten solche, die ihren Sitz oder ihre Hauptniederlassung im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland haben.

Als juristische Personen portugiesischer Staatsangehörigkeit gelten solche, die ihren Sitz oder ihre Hauptniederlassung im portugiesischen Gebiet haben.

**Artikel 17**

Dieses Abkommen gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der portugiesischen Regierung innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten dieses Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

**Artikel 18**

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifizierung; die Ratifikationsurkunden sollen sobald wie möglich in Lissabon, und zwar gleichzeitig mit den Ratifikationsurkunden zu dem Abkommen über deutsche Vermögenswerte in Portugal und zu dem Abkommen über die Liquidation des früheren deutsch-portugiesischen Verrechnungsverkehrs, ausgetauscht werden.

(2) Dieses Abkommen tritt einen Monat nach dem Tage des Austausches der Ratifikationsurkunden in Kraft.

**ZU URKUND DESSEN** haben die beiderseitigen Bevollmächtigten dieses Abkommen unterschrieben.

**GESCHEHEN** zu Lissabon am 3. April 1958 in zwei Urschriften, jede in deutscher und portugiesischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die  
Bundesrepublik Deutschland  
gezeichnet:

von Brentano

Für die  
Portugiesische Republik  
gezeichnet:

Paulo Cunha

[ PORTUGUESE TEXT — TEXTE PORTUGAIS ]

**Acordo  
entre a República Portuguesa  
e a República Federal da Alemanha  
sobre direitos de propriedade industrial**

A REPÚBLICA PORTUGUESA

e

A REPÚBLICA FEDERAL DA ALEMANHA

EM RELAÇÃO ao Acordo concluído entre os dois Estados acerca dos bens alemães em Portugal, e

ANIMADOS PELO DESEJO de renovar e estreitar as suas relações no domínio da propriedade industrial

CONVIERAM NO SEGUINTE:

**PARTE I**

**Prorrogação de prazos de prioridade**

**Artigo 1.º**

Os prazos de prioridade relativos à apresentação de pedidos de patentes de invenção, de depósito de modelos de utilidade ou desenhos ou modelos industriais e de marcas de fábrica e de comércio, fixados no artigo 4.º da Convenção da União de Paris, na sua redacção revista a 2 de Junho de 1934 em Londres, que ainda não tinham expirado em 6 de Junho de 1944, ou que só depois dessa data começaram a correr e expiraram antes de 1 de Janeiro de 1951, serão prorrogados até 180 dias após a entrada em vigor do presente Acordo.

**Artigo 2.º**

Entende-se que pedidos, no sentido do presente Acordo, são os apresentados num Estado membro da Convenção da União de Paris, entre 6 de Junho de 1943 e 30 de Setembro de 1948, e os apresentados nos postos administrativos da Alemanha ou perante a administração portuguesa, entre 1 de Outubro de 1948 e 31 de Dezembro de 1949, inclusive.

**Artigo 3.º**

Para os pedidos mencionados no presente Acordo o prazo fixado para apresentar uma declaração de prioridade não terminará antes de decorridos 180 dias após a entrada em vigor do presente Acordo.

**Artigo 4.º**

Os terceiros que depois de 6 de Junho de 1943, mas antes da data do pedido posterior, tenham de boa fé explorado uma invenção, um modelo de utilidade ou um desenho ou modelo industrial ou feito durante esse espaço de tempo os necessários preparativos para tal fim, poderão continuar essa exploração na medida em que as disposições legais do País Contratante o permitirem.

**Artigo 5.º**

1. Todos os processos relativos a pedidos efectuados nos termos do presente Acordo terão de ser instruídos com os respectivos certificados de prioridade.

2. Quando tais certificados não possam ser passados por a repartição competente estar impossibilitada por motivo de guerra, bastará, para efeitos de reivindicação de prioridade, uma declaração da repartição competente donde constem o conteúdo e a data de apresentação do primeiro pedido, bem como as fontes de informação de que a repartição se serviu para fundamentar a sua declaração.

**PARTE II**

**Direitos de propriedade industrial alemães em Portugal**

**Artigo 6.º**

Serão restabelecidos, a requerimento dos interessados:

1. Os direitos de propriedade industrial adquiridos em Portugal por alemães antes de 1 de Janeiro de 1950 e que caducaram depois de 6 de Junho de 1944, excepto se a caducidade foi determinada pelo fim do prazo de protecção máxima previsto na lei, por declaração de renúncia ou por uma declaração de nulidade;

2. Os pedidos relativos à aquisição de direitos de propriedade industrial formulados em Portugal por alemães antes de 1 de Janeiro de 1950 e que tenham sido recusados, por falta de cumprimento de formalidades legais, depois de 6 de Junho de 1944.

**Artigo 7.º**

Das decisões proferidas pelas autoridades competentes depois de 6 de Junho de 1944 sobre pedidos apresentados até 1 de Janeiro de 1950, poderão os interessados recorrer no prazo de 180 dias contado a partir da data da entrada em vigor do presente Acordo.

**Artigo 8.º**

1. O requerimento previsto no artigo 6.º deverá ser apresentado na repartição competente dentro do prazo de 180 dias contado da data da entrada em vigor do presente Acordo.

No momento da apresentação do requerimento deverão ser pagas as taxas a que houver lugar, acrescidas das taxas que teriam sido vencidas, e cumpridas todas as formalidades legais em falta, não sendo devida qualquer sobretaxa ou multa.

2. O requerimento será apreciado pela repartição competente.

3. O deferimento do requerimento terá por efeito estabelecer a situação que teria sido criada pelo cumprimento, em devido tempo, dos actos que não foram praticados.

4. Se a repartição competente verificar que não foi paga por inteiro qualquer taxa devida ou não foi executado qualquer acto que anteriormente deixara de ser cumprido, será dado ao requerente um prazo suplementar, que não poderá ultrapassar 90 dias.

5. No caso de o requerimento ser indeferido, o requerente poderá recorrer da decisão nos termos da legislação em vigor.

**Artigo 9.º**

1. Os direitos resultantes do restabelecimento de uma patente de invenção, de um modelo de utilidade ou de um desenho ou modelo industrial não poderão ser invo-



cados contra terceiros que, entre o momento da caducidade e 20 de Abril de 1957, tenham exercido de boa fé em Portugal esses direitos ou tenham feito os necessários preparativos para tal fim.

2. Os direitos resultantes da concessão de patentes de invenção, modelos de utilidade ou desenhos ou modelos industriais, por efeito do restabelecimento de pedidos anteriores, não poderão ser invocados contra terceiros que, durante o período decorrido entre o momento em que o anterior pedido foi indeferido e 20 de Abril de 1957, tenham exercido de boa fé em Portugal esses direitos ou tenham feito os necessários preparativos para tal fim.

3. Para efeito de aplicação do disposto no número anterior, será também considerada preparativo a apresentação em Portugal, por um terceiro, de um pedido de patente de invenção, modelo de utilidade ou desenho ou desenho industrial, quando o referido terceiro seja o autor da invenção, do modelo de utilidade ou do modelo ou desenho industrial apresentados a depósito.

Os sucessores legais de terceiro poderão beneficiar do disposto no presente número.

#### Artigo 10.º

1. Os terceiros mencionados no n.º 1.º do artigo anterior, e os seus sucessores legais, que pretenderem continuar o exercício dos direitos restabelecidos em favor do primitivo titular, deverão, a partir do dia do restabelecimento, pagar a este último uma indemnização cujo montante, em caso de litígio, será fixado pelo tribunal competente.

2. Os terceiros mencionados no n.º 2.º do artigo anterior, ou os seus sucessores legais, que pretenderem continuar o exercício dos direitos concedidos em favor do primitivo requerente, deverão, a partir da data da concessão do privilégio, pagar a este último uma indemnização cujo montante, em caso de litígio, será fixado pelo tribunal competente.

3. O disposto no número anterior não é aplicável no caso de se tratar do aproveitamento da invenção, desenho ou modelo por um terceiro que é autor dos mesmos ou pelos seus sucessores legais.

#### Artigo 11.º

1. Quando for requerida junto da competente repartição e dentro de 180 dias a contar da entrada em vigor do presente Acordo a renovação de uma marca de fábrica ou de comércio inscrita no Registo português de marcas nacionais antes de 1 de Janeiro de 1950 e cuja duração regular de protecção tenha expirado depois de 6 de Junho de 1944, a renovação produz efeito retroactivo a partir da data de expiração da duração regular da protecção.

2. Quando uma marca de fábrica ou de comércio inscrita no registo português de marcas internacionais antes de 1 de Janeiro de 1950 e cuja duração regular de protecção expirou depois de 6 de Junho de 1944 for novamente depositada na Secretaria Internacional dentro de 180 dias a contar da entrada em vigor do presente Acordo, este depósito que significa para o Território português a renovação do registo caducado, produz efeito retroactivo a partir da data da expiração da duração regular da protecção, contanto que o titular do direito apresente um requerimento nesse sentido à competente repartição dentro de 180 dias a contar da renovação do depósito na Secretaria Internacional.

3. Quando o proprietário de uma marca de fábrica ou de comércio inscrita no registo português de marcas nacionais ou internacionais e cuja duração regular da protecção tenha expirado depois de 6 de Junho de 1944 tiver já antes da entrada em vigor do presente Acordo apresentado novo pedido de registo em Portugal ou feito um novo depósito na Secretaria Internacional, o que significa para o Território português a renovação do registo caducado, esta renovação produz efeito retroactivo a partir da data de expiração da duração regular da protecção, contanto que o titular do direito apresente à competente repartição, dentro de 180 dias a contar da entrada em vigor do presente Acordo, um requerimento nesse sentido.

**Artigo 12.º**

O período compreendido entre 6 de Junho de 1944 e o dia do restabelecimento do direito não entra em linha de conta para cálculo dos prazos previstos para o início de exploração de uma patente de invenção ou de um modelo de utilidade e para o uso de marcas de fábrica ou de comércio, bem como para o cálculo do prazo previsto no § 1.º do artigo 123.º do Código da Propriedade Industrial português.

**PARTE III**

**Direitos de propriedade industrial  
portugueses na Alemanha**

**Artigo 13.º**

Serão restabelecidos, a requerimento dos interessados:

1. Os direitos de propriedade industrial adquiridos na Alemanha por nacionais portugueses antes de 1 de Julho de 1945 e que caducaram depois de 6 de Junho de 1944, excepto se a caducidade foi determinada pelo fim de prazo de protecção máxima previsto na lei, por declaração de renúncia ou por uma declaração de nulidade.
2. Os pedidos relativos à aquisição de direitos de propriedade industrial formulados na Alemanha por nacionais portugueses antes de 1 de Julho de 1945 e que tenham sido recusados depois de 6 de Junho de 1944, por falta de cumprimento de formalidades legais.

**Artigo 14.º**

Serão restabelecidos, a requerimento dos interessados, os direitos dos nacionais portugueses que:

1. não tenham observado o prazo previsto no § 15.º da Primeira Lei sobre a alteração e transmissão de prescrições relativas à protecção da propriedade industrial, de 8 de Julho de 1949.
2. não tenham observado o prazo previsto no § 30.º alínea 1.ª, da Primeira Lei sobre a alteração e transmissão de prescrições relativas à protecção da propriedade industrial, de 8 de Julho de 1949.

**Artigo 15.º**

Aos requerimentos previstos nos artigos 13.º e 14.º bem como aos direitos e pedidos restabelecidos em virtude dos mesmos requerimentos, serão correspondentemente aplicáveis as disposições dos artigos 6.º, a 12.º do presente Acordo, assim como as correlativas disposições da lei alemã.

**PARTE IV**

**Disposições finais**

**Artigo 16.º**

Poderão beneficiar do disposto no presente Acordo:

1. as pessoas singulares de nacionalidade portuguesa e as pessoas singulares alemãs.

2. as pessoas colectivas de nacionalidade portuguesa e as pessoas colectivas de nacionalidade alemã.

Serão consideradas pessoas colectivas de nacionalidade portuguesa as pessoas colectivas que tenham a sua sede ou principal estabelecimento no território português;

Serão consideradas pessoas colectivas de nacionalidade alemã as pessoas colectivas que tenham a sua sede ou principal estabelecimento no território da República Federal da Alemanha.

**Artigo 17.º**

O presente Acordo aplicar-se-á também ao "Land" de Berlim, se o Governo da República Federal da Alemanha, no prazo de três meses contado da data da sua entrada em vigor, não informar do contrário o Governo português.

**Artigo 18.º**

1. O presente Acordo deverá ser ratificado e a troca dos instrumentos de ratificação deverá ter lugar em Lisboa tão cedo quanto possível, simultaneamente com a troca dos instrumentos de ratificação do Acordo sobre bens alemães em Portugal e do Acordo sobre a liquidação do antigo clearing luso-alemão.

2. A entrada em vigor do presente Acordo verificar-se-á um mês depois da data da troca dos instrumentos da sua ratificação.

EM TESTEMUNHO DO QUE, os abaixo assinados, devidamente munidos de plenos poderes para o efeito, assinaram o respectivo texto de acordo.

FEITO e lavrado em Lisboa, no dia 3 de Abril de 1958, em dois exemplares, redigidos em alemão e português, dotados de igual validade.

Pela  
República Portuguesa  
assinado:  
Paulo Cunha

Pela  
República Federal  
da Alemanha  
assinado:  
von Brentano

[TRANSLATION -- TRADUCTION]

AGREEMENT BETWEEN THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY AND  
THE PORTUGUESE REPUBLIC CONCERNING INDUSTRIAL  
PROPERTY RIGHTS

The Federal Republic of Germany and the Portuguese Republic,  
Having regard to the Agreement concluded between the two States concerning Ger-  
man assets in Portugal, and  
Desiring to renew and deepen their relations in the area of industrial property rights,  
Have concluded the following Agreement:

PART I. EXTENSION OF PRIORITY PERIODS

*Article 1*

The priority periods established in Article 4 of the Union Convention of Paris for the Protection of Industrial Property as revised in London on 2 June 1934 for the filing of applications for patents for inventions, utility models, industrial designs or models and manufacturer's or trade marks, which had not yet expired on 6 June 1944 or which entered into force only after that date and expired before 1 January 1951, shall be extended by 180 days, computed from the entry into force of the present Agreement.

*Article 2*

Applications for the purposes of the present Agreement shall be those applications which are submitted in any country that is Party to the Union Convention of Paris in the period from 6 June 1943 to 30 September 1948 or at the German or Portuguese administrative agencies in the period from 1 October 1948 to 31 December 1949.

*Article 3*

For the applications referred to in the present Agreement, the period allowed for the submission of a declaration of priority shall end not less than 180 days after the entry into force of the present Agreement.

*Article 4*

Third parties who after 6 June 1943 but before the date of subsequent application worked in good faith an invention, a utility model, an industrial design or model, or who during that period made the necessary dispositions to do so, may continue such use in accordance with the provisions set forth in the legislation of the Contracting State.

*Article 5*

(1) The appropriate certificates of priority shall be submitted in all procedures initiated on the basis of the present Agreement.

(2) If such certificates cannot be issued by the competent authority, owing to consequences of war, priority may be claimed simply on the basis of a declaration by the competent authority indicating both the content and the date of the original application and the documentation on which the competent authority has based its declaration.

PART II. GERMAN INDUSTRIAL PROPERTY RIGHTS IN PORTUGAL

*Article 6*

Upon application by the entitled parties the following shall be reinstated:

1. Industrial property rights obtained by Germans in Portugal before 1 January 1950, which expired after 6 June 1944 on grounds other than expiry of the maximum legally-permitted duration, a declaration of renunciation or a declaration of nullity;
2. Requests submitted by Germans in Portugal before 1 January 1950 for the granting of industrial property rights, which were rejected after 6 June 1944 on the grounds of non-fulfilment of statutory formal conditions.

*Article 7*

Decisions of the competent authorities made after 6 June 1944 concerning applications submitted before 1 January 1950 may be contested by the parties within 180 days after the entry into force of the present Agreement.

*Article 8*

(1) The application provided for in Article 6 shall be submitted to the competent authority within 180 days after the entry into force of the present Agreement.

The application fees and any fees which have fallen due in the interim shall be paid together with the application, and any neglected actions shall be completed. Surcharges or penalties shall not be levied.

(2) The decision on the application shall be made by the competent authority.

(3) If the application is granted, the situation is recreated which would have existed if the neglected action had been taken at the correct time.

(4) If the competent authority considers that a fee which is due has not been fully paid, or a neglected action has not been fully completed, a grace period of not more than 90 days shall be granted to the applicant.

(5) If the application is rejected, the applicant shall be entitled to make the appeals provided for under general law.

*Article 9*

(1) The effects of a reinstated patent for an invention, utility model, industrial design or model shall not apply with respect to third parties who in good faith worked the object of the property right in Portugal during the period between the expiry of such right and 20 April 1957 or who during that period made the necessary dispositions to do so.

(2) The effects of a reinstated patent for an invention, utility model, industrial design or model which is issued in response to a reinstated application shall not apply with respect to third parties who in good faith worked the object of the property right in Portugal during the period between the rejection of the application and 20 April 1957 or who during that period made the necessary dispositions to do so.

(3) Submission of a request for grant of a patent for an invention, utility model, industrial design or model in Portugal by a third party shall also be deemed to be a particular disposition within the meaning of paragraph 2 where the third party is the originator of the invention which forms the object of the patent application or utility model or of the filed design or model.

The successors in title of the third party shall also be entitled to the provisions of this paragraph.

*Article 10*

(1) Third parties who claim a user right in accordance with paragraph 1 of the preceding Article after reinstatement of a cancelled property right, or their successors in title, shall in return pay compensation to the holder of the property right from the date of reinstatement onwards, the level of such compensation to be determined, in case of disagreement, by the competent court.

(2) Third parties who claim a user right in accordance with paragraph 2 of the preceding Article after grant of the property right on the basis of a reinstated application, or their successors in title, shall in return pay compensation to the holder of the property right from the date of grant onwards, the level of such compensation to be determined, in case of disagreement, by the competent court.

(3) The provisions of the preceding paragraph shall not apply if the usage action of the third party or of his successor in title is based upon an invention or pattern or model of which the third party is the originator.

*Article 11*

(1) If renewal of a manufacturer's or trade mark registered before 1 January 1950 in the Portuguese register of national marks, the normal period of validity of which expired after 6 June 1944, is applied for from the competent authority within 180 days after the entry into force of the present Agreement, then the renewal shall have retroactive effect on the expiry of the normal period of validity.

(2) If a manufacturer's or trade mark registered in the Portuguese register of international marks before 1 January 1950, the normal period of validity of which expired after 6

June 1944, is refiled with the International Bureau within 180 days after the entry into force of the present Agreement, then this refiling shall have retroactive effect throughout the territory of Portugal on the expiry of the normal period of validity in the form of a renewal of the cancelled entry, provided that the entitled party applies for this to the competent authority within 180 days after the new filing with the International Bureau.

(3) If the holder of a manufacturer's or trade mark registered in the Portuguese register of national or international marks, the regular validity of which expired after 6 June 1944, has resubmitted the manufacturer's or trade mark in Portugal or had it refiled with the International Bureau before the entry into force of the present Agreement, then the new entry shall have retroactive effect throughout the territory of Portugal on the date of expiry of the normal period of validity in the form of a renewal of the cancelled entry, provided that the entitled party applies for this to the competent authority within 180 days after the entry into force of the present Agreement.

#### *Article 12*

The period between 6 June 1944 and the reinstatement of the right shall be disregarded both in computing the time-limits provided for the start of exploitation of a patent for an invention or of a utility model and for the use of a manufacturer's or trade mark, and also in computing the time-limit provided for in Section 1 of Article 123 of the Portuguese law on industrial property.

### PART III. PORTUGUESE INDUSTRIAL PROPERTY RIGHTS IN GERMANY

#### *Article 13*

Upon application by the entitled parties the following shall be reinstated:

1. Industrial property rights obtained by Portuguese nationals in Germany before 1 July 1945, which expired after 6 June 1944 on grounds other than expiry of the maximum legally-permitted duration, a declaration of renunciation or a declaration of nullity;
2. Requests submitted by Portuguese nationals in Germany before 1 July 1945 for the granting of industrial property rights, which were rejected after 6 June 1944 on the grounds of non-fulfilment of statutory formal conditions.

#### *Article 14*

Upon application by the entitled parties those Portuguese nationals shall be returned to the former state who:

1. have not observed the deadline provided for in Section 15 of the First Act to Amend and Re-enact Regulations for the Protection of Industrial Property Rights, dated 8 July 1949;

2. have not observed the deadline provided for in Section 30, paragraph 1 of the First Act to Amend and Re-enact Regulations for the Protection of Industrial Property Rights, dated 8 July 1949.

*Article 15*

The provisions of Articles 6 to 12 of the present Agreement, and the relevant provisions of German law, shall be applied *mutatis mutandis* to the applications in accordance with Articles 13 and 14 and to the property rights and applications therefor reinstated on the basis thereof.

PART IV. FINAL PROVISIONS

*Article 16*

The benefits of this Agreement may be claimed by:

1. German natural persons and natural persons of Portuguese nationality;
2. bodies corporate of German nationality and bodies corporate of Portuguese nationality.

Bodies corporate of German nationality shall be deemed to be those which have their headquarters or principal place of business in the territory of the Federal Republic of Germany.

Bodies corporate of Portuguese nationality shall be deemed to be those which have their headquarters or principal place of business in the territory of Portugal.

*Article 17*

This Agreement shall also apply to Land Berlin provided that the Government of the Federal Republic of Germany does not make a contrary declaration to the Government of Portugal within three months of its entry into force.

*Article 18*

(1) This agreement requires ratification; the instruments of ratification shall be exchanged as soon as possible in Lisbon, simultaneously with the instruments of ratification for the Agreement on German assets in Portugal and those for the Agreement on the liquidation of the former German-Portuguese clearing arrangement.

(2) This Agreement shall enter into force one month after the exchange of the instruments of ratification.

IN WITNESS WHEREOF the plenipotentiaries of both sides have signed this Agreement.



DONE in duplicate at Lisbon on 3 April 1958 in the German and Portuguese languages, both texts being equally authentic.

For the Federal Republic of Germany:

VON BRENTANO

For the Republic of Portugal:

PAULO CUNHA

[TRANSLATION -- TRADUCTION]

ACCORD ENTRE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE ET LA  
RÉPUBLIQUE PORTUGAISE RELATIF AUX DROITS DE PRIORITÉ  
INDUSTRIELLE

La République fédérale d'Allemagne et la République portugaise,  
Gardant à l'esprit l'Accord conclu entre les deux États relatif aux biens de capitaux allemands au Portugal et

Guidées par la volonté de renouveler et d'approfondir davantage leurs relations dans le domaine de la protection juridique des droits de propriété industrielle,

Sont convenues de ce qui suit:

PARTIE I. PROLONGATION DES DÉLAIS DE PRIORITÉ

*Article premier*

Les délais de priorité présentés dans l'Article 4 de la Convention d'Union de Paris pour la protection de la propriété industrielle, dans sa version révisée du 2 juin 1934 à Londres, relatif au dépôt d'une demande de brevet d'invention, d'un modèle d'utilité, d'un dessin ou modèle industriel, d'une marque de fabrique ou de commerce, et qui n'avaient pas expiré le 6 juin 1944, ou qui n'ont pris effet qu'après cette date et ont expiré avant le 1er janvier 1951, sont rallongés des 180 jours qui suivent l'entrée en vigueur du présent Accord.

*Article 2*

Au sens du présent Accord, on entend par dépôts ceux ayant été effectués soit dans l'un des États membres de la Convention d'Union de Paris pendant la période allant du 6 juin 1943 au 30 septembre 1948, soit auprès des services administratifs allemands ou portugais pendant la période allant du 1er octobre 1948 au 31 décembre 1949.

*Article 3*

En ce qui concerne les dépôts mentionnés dans le présent Accord, le délai de dépôt d'une demande prioritaire ne viendra pas à expiration avant que les 180 jours suivant l'entrée en vigueur soient écoulés.

*Article 4*

Les tiers qui, après le 6 juin 1943 mais avant la date du dépôt ultérieur, ont utilisé de bonne foi une invention ou un modèle d'utilité ou industriel, ou bien pris les dispositions nécessaires à cette fin, pourront poursuivre cette utilisation en respectant les dispositions de la législation de l'État contractant.

*Article 5*

1. Au cours de chacune des procédures engagées sur la base du présent Accord, les attestations de priorité requises doivent être déposées.

2. Dans les cas où ces attestations ne peuvent pas être délivrées par les autorités compétentes qui en sont empêchées par les suites de la guerre, il suffira pour bénéficier de la priorité d'obtenir de l'autorité compétente une déclaration indiquant le contenu et la date du premier dépôt ainsi que les documents, sur la base desquels l'autorité compétente a délivré sa déclaration.

PARTIE II. PROTECTION DES DROITS DE PROPRIÉTÉ INDUSTRIELLE  
DE PERSONNES ALLEMANDES AU PORTUGAL

*Article 6*

A la demande des parties autorisées, les droits présentés ci-après seront rétablis:

1. les droits de propriété acquis au Portugal avant le 1er janvier 1950 par des Allemands et qui sont éteints depuis le 6 juin 1944 pour une raison autre que l'expiration du délai maximum stipulé par la loi, une déclaration de renonciation ou une déclaration de non validité;
2. les demandes relatives à l'acquisition de droits de propriété industrielle, déposées avant le 1er janvier 1950 au Portugal par des Allemands, et qui ont été rejetées après le 6 juin 1944 pour non conformité aux formalités.

*Article 7*

Les décisions prises par les autorités compétentes après le 6 juin 1944 sur les dépôts présentés avant le 1er janvier 1950 peuvent être contestées par les intéressés dans un délai de 180 jours à compter de l'entrée en vigueur du présent Accord.

*Article 8*

1. La demande prévue dans l'article 6 doit être présentée aux autorités compétentes dans un délai de 180 jours à compter de l'entrée en vigueur du présent Accord. Au moment de présenter sa demande, l'intéressé devra payer des taxes, de même que les frais qui entrent se sont accumulés, et effectuer les démarches négligées. Des suppléments ou des amendes ne seront pas perçus.

2. Les autorités compétentes prennent une décision sur la demande.

3. Si la demande est conforme, la situation, qui aurait prévalu si les formalités avaient été accomplies en temps voulu, est rétablie.

4. Si les autorités compétentes constatent qu'un paiement n'a pas été complètement versé ou qu'une formalité a été négligée, le demandeur dispose d'un délai supplémentaire de 90 jours au maximum pour se mettre en règle.

5. Si la demande est refusée, le demandeur peut faire appel de la décision, aux termes de la législation en vigueur.

*Article 9*

1. Les effets résultant du rétablissement d'un brevet d'inventeur, d'un modèle d'utilité ou d'un dessin ou modèle industriel ne peuvent s'appliquer à des tiers qui les ont utilisés de bonne foi au Portugal pendant la période écoulée entre leur extinction et le 20 avril 1957, ou qui avaient fait des préparatifs dans ce sens.

2. Les effets réactivés à la suite d'une demande de rétablissement d'un brevet d'invention, de dessins ou modèles d'utilité ou industriels n'affectent pas les tiers ayant utilisé de bonne foi au Portugal pendant la période écoulée entre le rejet du dépôt et le 20 avril 1957, ou qui ont pris les dispositions nécessaires à cette fin.

3. Dans l'esprit du paragraphe 2 du présent article, on considère comme dispositions particulières pour le dépôt d'une demande l'obtention au Portugal d'un brevet d'invention, de dessins ou modèles d'utilité ou industriels par un tiers lorsque celui-ci est l'inventeur à l'origine du dépôt d'un brevet d'invention, d'un modèle d'utilité ou d'un dessin ou modèle industriel.

Les dispositions du présent paragraphe s'appliquent également aux successeurs légaux du tiers.

*Article 10*

1. Les tiers ou leurs successeurs légaux qui usent, aux termes du paragraphe 1 de l'article précédent, du droit d'exploitation, suite au rétablissement d'un droit de protection éteint, sont tenus, dès le jour du rétablissement, de verser au propriétaire des droits de protection une somme de dédommagement dont le montant est déterminé par le tribunal compétent en cas de litige.

2. Les tiers ou leurs successeurs égaux qui usent, aux termes du paragraphe 1 de l'article précédent, du droit d'exploitation, suite à l'octroi d'un droit de protection, sont tenus, dès le jour de l'octroi, de verser au propriétaire des droits de protection une somme de dédommagement dont le montant est déterminé par le tribunal compétent en cas de litige.

3. Les dispositions du paragraphe précédent ne s'appliquent pas dans les cas où l'utilisation par le tiers ou ses successeurs légaux est fondée sur une invention, un modèle ou un dessin dont le tiers est l'inventeur.

*Article 11*

1. Dans les cas où une marque de fabrique ou de commerce inscrite avant le 1<sup>er</sup> janvier 1950 dans le Registre portugais des marques nationales, et dont la durée régulière de la protection a expiré après le 6 juin 1944, est l'objet d'une demande de renouvellement déposée auprès des autorités compétentes dans un délai de 180 jours à compter de l'entrée en vigueur du présent Accord, l'effet du renouvellement s'applique à partir de la date d'expiration de la durée de protection normale.

2. Dans les cas où une marque de fabrique ou de commerce inscrite avant le 1er janvier 1950 dans le Registre portugais des marques internationales et dont la durée régulière de la protection a expiré après le 6 juin 1944 est l'objet d'une demande de renouvellement déposée auprès du Bureau international, dans un délai de 180 jours à compter de l'entrée en vigueur du présent Accord, ce dépôt signifie que, pour le territoire du Portugal, le renouvellement du dépôt échu a un effet rétroactif à compter de la date d'expiration de la durée régulière de la protection, dans la mesure où le titulaire du droit dépose auprès des autorités compétentes une nouvelle demande dans un délai de 180 jours à compter du dépôt auprès du Bureau international.

3. Quand le propriétaire d'une marque de fabrique ou de commerce inscrite dans le Registre portugais des marques nationales ou internationales, dont la durée régulière de la protection a expiré après le 6 juin 1944, a demandé avant même l'entrée en vigueur du présent Accord une nouvelle inscription au Portugal, ou a fait un nouveau dépôt auprès du Bureau international, ce renouvellement a un effet rétroactif sur le territoire du Portugal à partir de la date d'expiration de la durée régulière de la protection, dans la mesure où le titulaire du droit présente aux autorités compétentes dans un délai de 180 jours sa demande d'inscription.

#### *Article 12*

La période allant du 6 juin 1944 au jour du rétablissement d'un droit n'est pas prise en considération lors de la fixation des délais prévus pour établir le commencement de l'utilisation d'un brevet d'invention ou d'un modèle d'utilité ou bien de l'exploitation d'une marque de fabrication ou de commerce, ni lors du calcul du délai prévu par le paragraphe 1 de l'article 123 de la loi portugaise relative à la propriété industrielle.

### PARTIE III. PROTECTION DES DROITS DE PROPRIÉTÉ INDUSTRIELLE DE PERSONNES PORTUGAISES EN ALLEMAGNE

#### *Article 13*

A la demande des ayants droit, seront rétablis:

1. les droits de propriété industrielle qui ont été acquis avant le 1er juillet 1945 par des ressortissants portugais et qui sont éteints après le 6 juin 1944 pour des raisons autres que l'expiration de la période maximale prévue par la loi, une déclaration de renonciation ou une déclaration de nullité;
2. les demandes d'octroi de droits de protection industrielle déposées avant le 1er juillet 1945 par des ressortissants portugais et rejetées après le 6 juin 1944 pour non conformité avec les formalités exigées par la loi.

#### *Article 14*

A la demande des ayants droit, les ressortissants portugais sont rétablis dans leur état antérieur dans les cas où:

1. ils n'ont pas respecté le délai prévu par l'Article 15 de la Première loi du 8 juillet 1949 sur la modification et la transition des dispositions concernant la protection des droits de protection industrielle;
2. ils n'ont pas respecté le délai prévu par le paragraphe 1 de l'Article 30 de la Première loi du 8 juillet 1949 sur la modification et la transition des dispositions concernant la protection des droits de protection industrielle.

*Article 15*

Les stipulations présentées dans les articles 6 à 12 du présent Accord, ainsi que les dispositions correspondantes de la législation allemande, sont appliquées aux demandes déposées selon les articles 13 et 14 du présent Accord, ainsi qu'aux droits de propriété industrielle et aux demandes qui ont été rétablies subséquentement.

PARTIE IV. DISPOSITIONS FINALES

*Article 16*

Peuvent prétendre aux avantages mentionnés dans le présent Accord:

1. Les personnes physiques de nationalité allemande ou portugaise;
2. Les personnes morales de nationalité allemande ou portugaise.

Sont considérées comme personnes morales de nationalité allemande celles dont le siège ou le principal établissement est situé sur le territoire de la République fédérale d'Allemagne.

Sont considérées comme personnes morales de nationalité portugaise celles dont le siège ou le principal établissement est situé sur le territoire du Portugal.

*Article 17*

Le présent Accord s'applique également au Land de Berlin, à moins d'une déclaration contraire adressée au Gouvernement portugais par le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne dans un délai de trois mois après l'entrée en vigueur du présent Accord.

*Article 18*

1. Le présent Accord est sujet à ratification; les instruments de ratification seront échangés à Lisbonne aussitôt que possible, en même temps que ceux concernant l'Accord relatif à des biens allemands au Portugal et l'Accord sur la liquidation de l'ancien clearing germano-portugais.

2. Le présent Accord entre en vigueur un mois après la date de l'échange des instruments de ratification.

EN FOI DE QUOI, le présent Accord a été signé par les deux plénipotentiaires à ce dûment autorisés.

FAIT à Lisbonne le 3 avril 1958 en deux exemplaires originaux, l'un en langue allemande, l'autre en langue portugaise, les deux textes faisant également foi.

Pour la République fédérale d'Allemagne:

VON BRENTANO

Pour la République portugaise:

PAULO CUNHA

